Das „Berliner Tageblatt“ erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags, und ist durch die Expedition Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen.
Redaktion: Jerusalemerstr. 48.

Berliner Tageblatt.

Der Abonnements-Preis beträgt inclusive Donnerstags-Beilage „Ulk“ und „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 Mrk. 25 Pf. incl. Botenlohn, monatlich 1 Mrk. 75 Pf.; durch die Post bezogen 5 Mrk. 25 Pf. pr. Quartal.
Inserate, pr. Zeile 40 Pf., („Berliner Stadt-Anzeiger“ 30 Pf.), werden Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, angenommen.

Nr. 10. **Berlin, Sonnabend, den 12. Januar 1878.** **Hauptblatt.**

Die Erhöhung der Tabakssteuer.

Soweit die Beseitigung oder doch eine möglichste Beschränkung der Matrikularbeiträge, welche die einzelnen deutschen Staaten an den Haushalt des deutschen Reiches abzugeben haben, dadurch motivirt wurde, daß diese Beiträge eine von der Wissenschaft längst verurtheilte Kopfsteuer seien, haben wir beständig dagegen protestirt und diese Motivirung als eine logische Taschenspielerei bezeichnet; deshalb verhielten wir uns auch gegen alle früher aufgestellten Projekte neuer Steuern oder gegen wesentliche Erhöhung alter Steuern mehr oder weniger scharf ablehnend. Die Erfahrung hat aber im Laufe der letzten Jahre die eigentlichen Motive, welche die Abschaffung der Matrikularbeiträge wünschenswerth machen, so stark hervortreten lassen, daß wir unseren Widerstand gegen eine neue oder eine veränderte Besteuerungsform zu Gunsten des Reiches nicht mehr aufrecht erhalten können.

Es widerstrebt der Würde des Reiches, wenn es auch nur mit einem nennenswerthen Theile seiner Einnahme auf jährlich zu berechnende Quoten angewiesen ist, welche die Einzelstaaten an dasselbe zu zahlen haben. Es liegt ein wichtiges politisches Moment darin, daß nicht allein die Regierungen mit dem Reichskanzleramte zu verkehren haben, sondern daß jeder Bürger individuell seinen direkten Zusammenhang mit dem Reiche erkennt, denn das Gefüge desselben soll nicht das eines Staatenbundes sondern das eines Bundesstaates sein. Auf der anderen Seite sind die Uebelstände, welche aus dem System der Matrikularbeiträge für die Einzelregierungen in Bezug auf einen regelmäßigen Haushalt und die Aufstellung rationeller Etats hervorgehen, von Jahr zu Jahr fühlbarer und, wie wir gern glauben, an manchen Orten geradezu unerträglich geworden.

Sind wir also darin übereinstimmend, daß die Abschaffung des bisherigen Systems nothwendig ist, so ergiebt sich von selbst, daß ein Verfahren gefunden werden muß, welches die Summe der Beiträge in kleinen Partikeln aus der Tasche der Reichsbürger direkt der Reichskasse zuführt. Das Wort „direkt“ kann an dieser Stelle, wie der Vorsicht wegen ausdrücklich bemerkt werden soll, auf das Wesen der zu wählenden Steuer nicht bezogen werden, denn auch alle indirekt erhobenen Steuern gehen ja direkt in die Landeskasse.

Wer nun die Wahl hat, hat bekanntlich auch die Qual. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß der Vorschlag, eine direkte Reichs-Einkommensteuer einzuführen, der vor einigen Jahren mit großem Eifer, namentlich durch die Kathedersozialisten verbreitet und vertheidigt wurde, als gänzlich begraben zu betrachten ist. Die mannigfachen, bisher von der Regierung aufgestellten Projekte, gehörten sämmtlich dem Systeme der indirekten Steuern an, und es hat sich in der That auch in weiteren, selbst in volkswirthschaftlich leitenden Kreisen eine bemerkbare Umwandlung zu Gunsten desselben vollzogen. Und wäre es auch nur aus praktischen Gründen, so muß es doch in hohem Grade wünschenswerth erscheinen, daß eine Scheidung der Steuersysteme nach lokalen Begrenzungen erfolge. Sie ist kürzlich im preußischen Landtage dahin präzisirt worden, daß dem Reiche die indirekten Steuern, dem Lande die direkte Einkommen- und der Gemeinde die Grund- und Gebäudesteuer zufallen müssen.

Wir stellen uns also vollbewußt auf den Boden des indirekten Steuersystems für das Reich, und es wird nur darauf ankommen, diejenige Ader zu treffen, welche die nothwendige Summe aus der Steuerkraft des Volkes in der schmerzlosesten Weise und möglichst gerechten Vertheilung herzugeben vermag. Die Regierung hat nun wiederholt den Plan aufgenommen, das bereits bestehende Verzollungs- und Besteuerungssystem für Tabak weiter auszubauen und um einige Etagen zu erhöhen. Da es eine vergebliche Hoffnung wäre, auf irgend einen Steuervorschlag zu warten, welcher auf allseitige Befriedigung und Zustimmung rechnen dürfte, und wenngleich wir aus volkswirthschaftlichen Erwägungen die Tabakssteuer durchaus nicht als eine ideale bezeichnen können, so wollen wir doch unter Aufstellung einiger uns unbedingt nothwendig erscheinenden Reserven den gegenwärtig von der Reichsregierung ins Auge gefaßten Plan unterstützen, um endlich zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Diese Reserven sind folgende. Zunächst führen wir unsere landwirthschaftlichen Leistungen vor. Die Thatsache ist leider statistisch festgestellt, daß unsere Landwirthschaft das nöthige Ernährungsmaterial für Deutschland nicht zu liefern vermag, und daß wir zur Befriedigung des dringendsten Bedürfnisses die Einfuhr aus fremden Ländern nicht entbehren können. Wir sind zu sehr Freihändler, um wünschen zu können, daß ein sich natürlich gestaltendes Verhältniß im Austausch der Arbeitsprodukte zwischen den verschiedenen Völkern durch künstliche Maßregeln gewaltsam geändert werde; aber es ist das ein himmelweiter Sprung bis zu einem Verhältniß, in welchem durch künstliche Mittel, wie ein Zoll- und Steuersystem für einzelne Bodenprodukte es herbeiführen kann, die heimische Arbeits- und die heimische Bodenkraft zum Nachtheil für die Volksernährungsfrage begünstigt wird. Es giebt im ganzen Bereiche des Handelsgewächsbaues kaum eine Pflanze, welche die Bodenkraft stärker in Anspruch nimmt, als der Tabak, und kaum eine, von deren Aschengehalt und Rückzahlung in Düngerform weniger in den Boden zurückgelangt, als bei ihm. Wir verlangen daher, daß der Landwirthschaft die Möglichkeit keineswegs benommen werde, in freier Disposition über Grund und Boden auch der Kultur des Tabaks obzuliegen, aber wir verwerfen jede Maßregel, welche geeignet wäre, eine Prämie für diese Kultur darzustellen. Und das umsomehr, als die Raucherwelt darüber einig ist, daß unser Tabak eben so „billig als schlecht“ ist. Diese richtige Mitte, welche jene Möglichkeit noch zuläßt, aber jede Nationalbelohnung ausschließt, kann nur gefunden werden durch eine höchst gewissenhafte Berechnung zwischen dem Zoll auf ausländischen und der Steuer auf inländischen Tabak. Was darüber aus der Vorlage der Reichsregierung an den Bundesrath verlautet hat, ist nicht hinlänglich bestimmt ausgedrückt, um ein Urtheil zuzulassen, welches außerdem nur durch äußerst sorgfältige fachmännische Untersuchungen gewonnen werden kann. Jedenfalls aber glauben wir, daß die Regierung auf dem richtigen Wege ist, indem sie die Raumsteuer mit der Gewichtssteuer zu vertauschen wünscht, und noch viel mehr werden wir uns freuen, wenn die früher hier und da aufgetauchte Idee einer staatlichen Monopolisirung vollständig fallen gelassen wird.

Eine zweite Reserve bezieht sich nicht auf das gegenseitige arithmetische Verhältniß zwischen Zoll und Steuer, sondern auf die Höhenlage, in der sich beide zusammen bewegen. Denn wohl zu merken: es soll eine neue Einnahme für das Reich geschaffen werden, um eine alte zu beseitigen, und es handelt sich nicht darum, mehr Steuern aus den Bewohnern des deutschen Reiches herauszuschlagen. Die Erhöhung des Zolles und der Steuern muß gewissenhaft so bemessen werden, daß die durchschnittliche Summe der Matrikularbeiträge rund dadurch gedeckt wird. Bleibt sie dahinter zurück, so wer den diese nicht beseitigt, übersteigt sie dieselbe, so stehen wir überhaupt vor einer Steuererhöhung. Es hat uns daher einigermaßen befremdet, in dem, was aus der Vorlage an den Bundesrath in die Oeffentlichkeit gelangt ist, zu ersehen, daß man nur die „Hoffnung“ ausspricht, es werde sich durch die neue Einrichtung ermöglichen lassen, daß die Einzelstaaten bei dieser oder jener inneren Steuer eine Ermäßigung eintreten lassen, welche der Summe der von ihnen zu leistenden Matrikularbeiträge gleichkommt. Wir hegen nicht nur diese Hoffnung, sondern es ist eine bestimmte Bedingung, die wir stellen, und wir dürfen wohl annehmen, daß die Abgeordneten aus den verschiedenen Distrikten des Reiches dies Verhältniß scharf ins Auge fassen werden.

Vom Orientfrieden und Krieg.

Der neueste Aktschluß der blutigen Schicksalstragödie im Südosten Europas gestaltet sich täglich effektvoller. Gestern überraschte die Kunde von der gesammten türkischen Schipka-Armee; heut trägt der Telegraph lakonisch die Nachricht zu: Nisch ist gefallen; Antivari ist von den Montenegrinern besetzt. Die lang bedrohte Festung Nisch ist von den Serben genommen, und die Söhne der Schwarzen Berge haben das hartnäckig vertheidigte Antivari bezwungen; beide Ereignisse aber haben sich zu einer Zeit vollzogen, daß noch mit ihnen bei den Waffenstillstandsverhandlungen ernstlich gerechnet werden muß. Die Friedenswünsche in Konstantinopel werden Angesichts der neuen Niederlagen sicher an Stärke gewinnen und es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß aus den bereits angeknüpften Waffenstillstandsverhandlungen schließlich der Friede hervorgehen wird, ohne daß noch einmal die Waffen erhoben werden. Selbst wenn Rußland in der That die Räumung sämmtlicher besetzten Plätze in Donau-Bulgarien und den Rückzug der türkischen Armee hinter eine Demarkationslinie, welche zwischen Philippopel und Adrianopel festzusetzen wäre, verlangen sollte. In Konstantinopel ist im Augenblicke ein für den Frieden bedeutsamer Personenwechsel vollzogen worden. Edhem Pascha, der Vertreter der Widerstandspartei, ist von seinem Großvezierposten abberufen und an seiner Stelle Hamdi Pascha zum Großvezier ernannt worden. Hamdi Pascha war bisher Minister des Innern und ist der Partei Damat Pascha, die den Frieden auf das Lebhafteste befürwortet, sicher ergeben, denn sonst würde wohl der augenblicklich wieder sehr einflußreiche Damat Pascha die Ernennung zu durchkreuzen gewußt haben. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit, daß bereits vor einigen Tagen unser Wiener Korrespondent ein derartiges Ereigniß in Konstantinopel voraussagte unter dem Hinweis, daß englische Bemühungen einen Großveziere wechsel lebhaft unterstützten, weil die englischen Politiker fürchteten, daß Edhem Pascha, wenn er einmal zum Frieden sich genöthigt sähe, bei einem Friedensschlusse auch nur die türkischen Interessen und nicht die englischen zu wahren bestrebt sein würde, und dieses Bestreben in der für die Pforte weniger als für England gewichtigen Dardanellenfrage zum Ausdruck bringen dürfte. Soeben trifft übrigens aus Konstantinopel eine amtliche Depesche ein, welche sagt, daß auf die an Rußland gerichtete Mittheilung der Pforte, in welcher Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes beantragt werden und zugleich Mehemed Ali als Unterhändler bezeichnet wird, von Rußland eine den Empfang bestätigende Erwiderung eingegangen ist, in welcher gleichzeitig dem Verlangen Ausdruck gegeben wird, daß mit dem Abschluß des Waffenstillstandes die Grundlagen für die Friedensverhandlungen festgestellt sein sollen. Die Antwort der Pforte hierauf liegt dem türkischen Ministerrath noch zur Berathung vor.

Interessant ist übrigens, daß zur Stunde als Gegenstück zu der „Dardanellenfrage“ von verschiedenen Seiten eine „Ostseefrage“ in die Diskussion geworfen wird. Die Nordd. Allg. Ztg. hat das Verdienst, dieselbe vor einigen Tagen zuerst berührt zu haben. Es geschah sehr vorsichtig und nur andeutungsweise. Sodann kam deutlicher und ausführlicher ein bekannter Berliner Korrespondent des „Petersburger Herold“ darauf zurück und heut greift die Londoner „Pall Mall Gazette“ (S. Spezialtelegr.) das Thema auf. Die behandelte Frage läuft darauf hinaus, daß wenn England unter allen Umständen durch fortgesetzte Schließung der Dardanellen das Mittelmeer beherrschen und Rußlands Marine im Schwarzen Meere ersticken will, die Ostsee von den verbündeten Uferstaaten derselben eines schönen Tages ebenso gut als „geschlossenes Meer“ proklamirt werden könnte, so daß keine anderen Kriegsschiffe als die der Uferstaaten in der Ostsee ankern dürfen. Diese Diskussion über die „Schließung der Ostsee“ ist vorläufig nichts weiter, als ein kleiner Wink nach London, auch mit derartigen Möglichkeiten zu rechnen. Es wird bei dem bloßen Wink wohl sein Bewenden haben.

Um den vielen anti-disraelischen Versammlungen ein Paroli zu bieten, hielt am Donnerstag Nachmittag Mr. Borthwick in St. James Hall eine Rede über die orientalische Frage vor einer großen Versammlung, an welcher auch viele Damen theilnahmen. Den Vorsitz führte der Herzog von Sutherland. Unter den Anwesenden bemerkte man den Herzog von Teck, die Grafen Abergavenny und Charlemont, Charles Russel, Henry Wolff und andere Mitglieder des Unterhauses, mehrere Mitglieder des Oberhauses und Montagne Corry, Privatsekretär Lord Beaconsfields. Die Rede Borthwicks war anti-russisch gehalten. Der Redner schloß dieselbe indem er hervorhob, es sei die Pflicht der Regierung, solche Schritte zu thun, daß sie alle Interessen Englands, die etwa bedroht werden könnten, schützen könne. Der Herzog von Sutherland sprach Borthwick seinen Dank aus und kritisirte die Handlungen der russischen Diplomatie sehr scharf, wobei er erklärte, Gladstone und Ignatieff seien die hauptsächlichsten Agenten Rußlands. Er glaube, wenn die Regierung nicht durch die Opposition gehindert worden wäre, entschlossen zu handeln, hätte Rußland der Pforte niemals den Krieg erklärt . . . Gladstone als Agent Rußlands ist ein Bild, das sich sehen lassen muß; im Uebrigen sind Behauptungen leichter als Beweise.

* * *

Ueber die Gefangennahme der türkischen Schipka-Armee sind noch keine offizielle russische Details eingetroffen, dagegen enthält unser heutiges Londoner Spezialtelegramm auf Grund englischer Berichte eine übersichtlichere Darstellung. Offenkundig im Zusammenhange mit der Schipka-Operation stehen die nachfolgenden offiziellen Details über die Besetzung des Trajanspasses, welche lauten:

Eine in der Nacht vom 4. auf den 5. ausgeführte Rekognoszirung erwies die Unmöglichkeit eines Frontalangriffs auf den „Adlernest“ genannten Felsen. Dicht am Passe befand sich die Hauptredoute, östlich davon 3 weitere, durch Laufgräben verbundene Redouten. Wie sich später ergab, waren die Befestigungen von 3 Tabors Nizams, 2 weittragenden Gebirgsgeschützen und 100 Tscherkessen besetzt. Behufs Einnahme der Position rückte Oberst Grekoff in der Nacht zum 7. d. mit 2 Bataillonen Infanterie, 1 Bataillon Schützen und 5 Sotnien des 50. Don'schen Kosaken-Regiments über einen kaum passirbaren Gebirgssteg vor, stieg am 7. d. Nachts 2 Uhr gegen Kornar vom Gebirge herunter, vertrieb die Türken aus ihren Stellungen und warf ein von Karlowo zur Verstärkung herankommendes Bataillon Nizams zurück, dessen Fahne erobert wurde. Der Bataillonschef und 40 Soldaten wurden gefangen genommen, alle übrigen, bis auf einige wenige, denen es gelang, zu entfliehen, fielen. Außerdem erbeutete Oberst Grekoff 80 Transportwagen, Proviantvorräthe, Patronen, warme Kleidungsstücke und eine Anzahl Zelte. Gegen 11 Uhr Morgens rückte General Karzoff, von der Bewegung Grekoff's unterrichtet, mit den übrigen Truppen vor. Major Duchnowsky erstürmte mit dem 2. Bataillon des 9. Infanterie-Regiments die Redoute „Adlernest“, wo ein Gebirgsgeschütz und ein großer Vorrath von Patronen und anderer Munition gefunden wurde. Um 1 Uhr Nachmittags hatten sich die Hauptkräfte des Generals Karzoff bei Tele mit der Kolonne Grekoffs vereinigt und begannen die Verfolgung des